

Regierungsratsbeschluss

vom 13. September 2011

Nr. 2011/1954
KR.Nr. A 098/2011

Auftrag Fraktionen FDP. Die Liberalen und CVP/EVP/glp: Senkung des Steuerbezuges für das Jahr 2012 (22.06.2011); Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat im Dezember ein Budget vorzulegen, das eine Senkung des Steuersatzes bei den natürlichen Personen von 104 auf 94 Prozentpunkte vorsieht.

2. Begründung

Der Kanton Solothurn hat erwiesenermassen bei den natürlichen Personen einen Nachholbedarf. Die Schlagzeilen im Monat Februar dieses Jahres haben dies der Bevölkerung und allen Politikerinnen und Politikern gezeigt.

In der Zwischenzeit haben die Wirtschaftsverbände und die CVP, FDP und SVP den Ruf nach einer Senkung des kantonalen Steuerbezuges bei den natürlichen Personen deutlich gemacht und auch entsprechend publiziert.

Eine Senkung des kantonalen Steuerbezuges tangiert nur die kantonalen Finanzen. Eine solche Senkung liegt in der Entscheidungshoheit des Kantonsrates. Es ist auch der Kantonsrat, der jederzeit eine Korrektur anbringen kann.

Die finanziellen Reserven belaufen sich unterdessen auf über eine halbe Milliarde Schweizerfranken. Ein Zeichen gegenüber dem Steuerzahler ist angebracht. Mit der Senkung des Steuerbezuges für das Jahr 2012 soll dem Steuerzahler zurückgegeben werden, was von ihm in den vergangenen Jahren zu viel eingezogen wurde.

In den nachfolgenden Jahren kann die Höhe des Steuersatzes je nach Ergebnis und Aussichten festgelegt und eventuell angepasst werden.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Kanton Solothurn steht vor grossen finanzpolitischen Herausforderungen. Der Finanzplan 2012-15 zeigt eine massive Verschlechterung der Ausgangslage auf. Grosse Ausgabensprünge im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich stehen bevor, ebenso grosse wegweisende Investitionen im Infrastrukturbereich. Dank der vorsichtigen Finanzpolitik der vergangenen Jahre ist der Kanton gewappnet für diese Herausforderungen. Es darf aber nicht der Fehler begangen werden, die hart erarbeitete Substanz dieses Kantons durch kurzfristig motivierte Steuersenkungen zu gefährden.

In den vergangenen Jahren wurden grosse Ausgaben beschlossen, teils vom Volk, teils vom Kantonsrat, die sich neben den nicht beeinflussbaren Ereignissen (wie KVG-Revision oder Verluste der Schweizerischen Nationalbank, welche alleine zu einer Verschlechterung von über 100 Mio. Franken ab 2012 führt) nun auswirken werden: Harnos, Zusatzkredit Fachhochschule Nordwestschweiz, Schulversuch Sonderpädagogik (aufgrund Veto im Kantonsrat), EL für Familien mit tie-

fen Einkommen, Ausbau Energiefachstelle, befristete Erhöhung der Staatsbeiträge in den Finanzausgleich in der Erfolgsrechnung, Unterstützungsmassnahmen für strukturell schwache Gemeinden; Neubau Justizvollzugsanstalt im Schache, Parkhaus Olten, Fachhochschule Olten im Investitionsbereich. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Zudem steht der Neubau Bürgerhospital bevor, der weitere grosse Belastungen für den Staatshaushalt mit sich bringen wird.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass auch das Staatswesen über genügend Eigenmittel verfügen muss, um die Risiken der unmittelbaren, planbaren Zukunft aufzufangen. Wohl verfügt der Kanton per Ende 2010 über Eigenkapital von 552,3 Mio. Franken. Der IAFP 2012-15 zeigt aber ein Verlustrisiko von 743,8 Mio. Franken (kumulierte Defizite gemäss Finanzplan) auf. Ohne Gegenmassnahmen ist das über die letzten Jahre mühsam erarbeitete Risikokapital im Jahre 2014 bereits wieder aufgebraucht.

Eine Steuersenkung bei den natürlichen Personen um 10 Steuerpunkte würde zu Einnahmenausfällen von rund 60 Mio. Franken ab 2012 führen. Das kann sich der Kanton Solothurn in der heutigen Ausgangslage nicht leisten, weshalb der Vorstoss vom Regierungsrat abgelehnt wird.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Finanzkommission

Verteiler

Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Kantonale Finanzkontrolle
Aktuarin Finanzkommission
Ratsleitung
Traktandenliste Kantonsrat